

## **Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Bau-, Ordnungs- und Wirtschaftsausschusses**

Sitzungstag: Donnerstag, dem 27.02.2025  
Sitzungsort: Feuerwehrgerätehaus Bad Schmiedeberg, Torgauer Straße 45, 06905 Bad Schmiedeberg  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:40 Uhr

### **Anwesend:**

Vorsitzender: Sven Postel  
Mitglieder: Michael Hennig, Dr. Maik Mattheis, Heinz Stegert, Jörg Thürmer, Andrea Winkler  
Protokollführer: Stefan Oschecker  
Verwaltung: Heike Dorczok, Frank Heerwald, Silvia Kürschner, Torsten Schob

### **Tagesordnung:**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift vom 17.10.2024
- 5 Beratung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Sondergebiet Photovoltaik "Solarpark Bösewig" und der damit einhergehenden Änderung des Flächennutzungsplans
- 6 Vorstellung des Bearbeitungsstandes der Risikoanalyse
- 7 Beratung über Möglichkeiten der Sanierung bzw. des Neubaus des Feuerwehrstandortes Bad Schmiedeberg
- 8 Öffentliche Anfragen und Informationen
- 9 Schließen der öffentlichen Sitzung

### **Zu TOP 1:**

Der *Ausschussvorsitzende Herr Postel* begrüßte die Anwesenden und eröffnete den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.30 Uhr.

### **Zu TOP 2:**

Die ordnungsgemäße Ladung wurde festgestellt. Es waren sechs Ausschussmitglieder anwesend, somit war der Ausschuss beschlussfähig.

### **Zu TOP 3:**

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

### **Zu TOP 4:**

Der *Ausschussvorsitzende Herr Postel* stellte die Niederschrift der letzten Sitzung vom 17.10.2024 zur Abstimmung. Hierzu gab es keine Anmerkungen. Sie wurde mehrheitlich bestätigt.

### **Zu TOP 5:**

*Frau Kürschner, Bauamt*, erläuterte kurz das betreffende Projekt. Es handele sich um eine geplante 52 ha große Photovoltaikfreiflächenanlage (PVFA) in der Ortslage Bösewig. Damit verbunden sei ein vorhabenbezogener Bebauungsplan sowie die 3. Änderung des Flächennutzungsplans.

*Herr Grass und Herr Frank von der Solarsan GmbH* gaben an, dass die angeordneten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Form einer Hecke bereits ab Beginn der Bauarbeiten als Sichtschutz dienen sollen. Hinsichtlich der finanziellen Abgaben an die Stadt Bad Schmiedeberg wurden jährlich ca. 190.000 EUR Akzeptanzabgabe sowie die künftige Gewerbesteuer in Aussicht gestellt.

*Dr. Mattheis, Fraktion Freie Wähler*, gab an, dass die Bodenwertzahlen weit über denen des Kriterienkatalogs liegen würden. Die durch Herrn Frank in Aussicht gestellte Heilung durch die duale Nutzung der Anlage (Rinder-, Schaf- und Hühnerhaltung), erkannte *Herr Dr. Mattheis* nicht an. Stattdessen erfragte er Beispiele einer solchen Anlage. Hierzu benannte *Herr Grass* eine Anlage in Leuna, welche insgesamt 260 ha groß sei, davon würden 80 ha als Agri-PV-Anlage betrieben. *Herr Thürmer, Fraktion Freie Wähler*, sah dahinter eine Alibi-Funktion und befürwortete die strenge Durchsetzung des Kriterienkatalogs.

*Herr Grass* verwies auf eine bereits mehrfache Vorstellung des Projekts im Stadtrat und Ortschaftsrat, zudem gebe es bereits einen Aufstellungsbeschluss durch den Stadtrat. Darüber hinaus würden die Träger öffentlicher Belange bei der Auslegung des Vorentwurfs mit einbezogen. Deren Anmerkungen würden selbstverständlich anschließend in die Planung eingearbeitet. Er zeigte sich verwundert darüber, warum bei der anhaltenden Kritik der Aufstellungsbeschluss überhaupt gefasst wurde. Nach seiner Angabe hätte zudem der Ortschaftsrat Trebitz bereits zweimal zugestimmt.

Darauf entgegnete *Dr. Mattheis*, dass inzwischen ein neuer Stadtrat gewählt wurde und nunmehr andere Ansichten vorherrschten. Die guten Ackerböden sollten nicht durch PVFA belegt werden. Dies bestätigte *Herr Postel*. Der neue Stadtrat stehe dem Aufstellungsbeschluss sehr kritisch gegenüber.

*Herr Frank* meinte hierzu, der Ausschluss nur nach den Bodenpunkten sei zu einfach. Zudem solle man den Eigentümer befragen. Man spreche hier lediglich von 0,4 % der Ortslage. Die Qualität der Böden erhöhe sich nach seiner Aussage sogar durch die Brachlage. Darüber hinaus war der Kriterienkatalog keine Grundlage für die erste Planung vor inzwischen ca. vier Jahren. Der Gemeinde entstünde weiterhin kein finanzielles Risiko.

*Herr Seidel, Ortschaftsrat Trebitz*, gab an, dass der Ortschaftsrat weiter hinter dem Projekt stünde. Die Entscheidung über die Aufstellung könne nicht nur wegen eines neugewählten Stadtrats gegenstandslos werden. *Herr Postel* verwies die Beratung abschließend noch einmal in die Fraktionen.

#### **Zu TOP 6:**

*Der Ausschussvorsitzende Herr Postel* erläuterte, dass die Risikoanalyse durch die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr erarbeitet werden solle. Dies dauere nun schon eine Weile an und gestalte sich offensichtlich schwierig.

Die *Bürgermeisterin Frau Dorczok* gab an, dass es bereits viele kontroverse Diskussionen zu diesem Thema im Stadtrat gegeben hätte. Der Umfang der Zuarbeiten sei sehr hoch, die Erstellung an sich eine große, doch nicht unlösbare Aufgabe.

*Herr Schob, Ordnungsamt*, gab an, dass für die Löschwasserkonzeption bisher kaum Zuarbeit vom Wasserversorger erfolgt sei. Hierzu würde noch ein Gespräch im ersten Quartal stattfinden. Die Einsatzauswertung bis ins Jahr 2024 sei erfolgt. Insgesamt sei aber die Zuarbeit trotz intensiver Gespräche mit den einzelnen Ortswehren sehr mangelhaft gewesen, so *Herr Schob*.

*Herr Malerz, stellvertretender Stadtwohrleiter*, berichtete von einer Sitzung der Ortswehrleiter und stellvertretender Ortswehrleiter am 30.01.2025. Auch dort sei intensiv über die Erarbeitung

der Risikoanalyse diskutiert worden. Ein Protokoll der Sitzung sei der Bürgermeisterin am 06.02.2025 zugestellt worden. Das Fazit dieser Sitzung sei es gewesen, die Erarbeitung an ein externes Büro zu vergeben. Der Frieden unter den Ortswehren sei durch die Thematik bedroht und solle gewahrt bleiben. *Herr Postel* zeigte für diese Entscheidung kein Verständnis. Aus seiner Sicht sei die Einschätzung der mangelnden Objektivität der Arbeitsgruppe falsch.

*Herr Saul, Feuerwehr Bad Schmiedeberg*, erläuterte, dass ein fortlaufender Arbeitsprozess an der Risikoanalyse stattgefunden hätte, jedoch ein großes Personalproblem bestünde. Nach seiner Angabe hätte es keine Zuarbeiten aus der Runde der Ortswehrleiter gegeben und auch keine Gespräche stattgefunden. Es sei der Ansicht, dass die Analyse durchaus von der Arbeitsgruppe erarbeitet werden könne.

Die Beratung wurde an dieser Stelle unterbrochen und in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

### **Zu TOP 7:**

Zu Beginn der Sitzung hatte ein Rundgang durch die Freiwillige Feuerwehr Bad Schmiedeberg stattgefunden. Der *stellvertretende Ortswehrleiter Herr Stegert* hatte Erläuterungen zum Objekt gegeben. Es erfolgte ein Hinweis auf die Dringlichkeit der Sanierung des Gerätehauses. Besonders wichtig sei eine schwarz-weiß Trennung des Bereichs.

Diese Führung sei der Diskussionsansatz für eine mögliche Sanierung des Feuerwehrgerätehauses, so *Herr Postel, Ausschussvorsitzender*. Er bat um die Einstellung der Planungskosten in den nächsten Haushaltsplan.

*Herr Dr. Mattheis* erfragte Grundstücksalternativen im Stadtgebiet für einen Neubau. Hierzu gab die *Bürgermeisterin Frau Dorczok* an, dass eine Monoblockanlage bei COLEP durch den Landkreis bereits abgelehnt wurde, da dies zu groß für eine alleinige Nutzung durch die Feuerwehr sei.

*Herr Postel* merkte an, dass die vorhandene Fahrzeughalle bereits mit großem finanziellen Aufwand instandgehalten werde. Besonders wichtig sei seiner Meinung nach eine energetische Sanierung auf Grund der hohen Energiekosten, die hier verursacht würden.

*Herr Stegert* favorisierte den Erhalt der bestehenden Fahrzeughalle und den Neubau eines Sanitärtraktes.

*Herr Thürmer, Fraktion Freie Wähler*, mahnte an, dass zunächst die Risikoanalyse abgeschlossen werden sollte, danach könne über den Standort beraten werden. Die Verwaltung solle hierfür nach möglichen Fördermitteln suchen. Eventuell könne die Fläche der alten Molkerei genutzt werden. Hierzu gab *Herr Heerwald, Amtsleiter Finanz- und Bauverwaltung*, an, dass bei einer Förderung im Bereich dieser Fläche danach keine Nutzung möglich sei – insbesondere nicht in Form einer Bebauung.

An dieser Stelle mahnte *Dr. Mattheis* die dringend erforderliche Sicherung des Molkereigebäudes durch die Stadt an. *Herr Schob, Ordnungsamt*, gab an, dass bereits alle Zugänge durch die Forstarbeiter verschlossen wurden.

Abschließend fasste *Herr Postel* zusammen, dass die Verwaltung eine Möglichkeit zur Beseitigung des Schandflecks mit Hilfe von Fördermitteln finden sollte. *Frau Dorczok* ergänzte hierzu, dass eine Prioritätenliste für die einzelnen Feuerwehrstandorte erarbeitet werden müsste.

**Zu TOP 8:**

*Herr Dr. Mattheis, Fraktion Freie Wähler, wies darauf hin, dass ein Schild in der Ernst-Thälmann-Straße in Söllichau kaputt sei.*

*Herr Hennig, Fraktion der CDU, fragte nach dem Beginn der Bauarbeiten in der Lindenstraße. Hierzu teilte Herr Heerwald, Amtsleiter Finanz- und Bauverwaltung, mit, dass dieser für Mitte März geplant sei. Dr. Mattheis fragte, ob Leerrohre für Glasfaser vorgesehen seien. Dies bestätigte Herr Heerwald. Der Ausschussvorsitzende Herr Postel fragte, ob es eine Anwohnerversammlung stattfinden werde. Dies sei nicht geplant, so Herr Heerwald. Jedoch würden zeitnah schriftliche Informationen der Baufirma an die Anlieger ergehen.*

Weitere Anfrage und Informationen gab es nicht.

**Zu TOP 9:**

*Der Ausschussvorsitzende Herr Postel schloss die öffentliche Sitzung um 18.40 Uhr.*

Sven Postel  
Ausschussvorsitzender

Stefan Oschecker  
Protokollant